

Razzien in der Türkei

Über 1000 mutmassliche Gülen-Anhänger festgenommen

ANKARA Grosser Schlag gegen mutmassliche Gülen-Anhänger in der Türkei: Bei landesweiten Razzien wurden mehr als 1000 mutmassliche Anhänger der Gülen-Bewegung festgenommen. Die Festnahmen seien in 72 der insgesamt 81 türkischen Provinzen erfolgt, zitierte die Nachrichtenagentur Anadolu Innenminister Süleyman Soylu am Mittwoch. Soylu sprach von 1009 Festnahmen. Die meisten der Festgesetzten stammten aus dem Polizeiapparat, wie die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf Insider meldete. Den Festgenommenen würden Verbindungen zu dem Prediger Fethullah Gülen vorgeworfen, den die Türkei als Drahtzieher des Putschversuchs im Juli 2016 bezeichnet. Die Festgenommenen sollten nun in die Hauptstadt Ankara gebracht werden. Die Regierung in Ankara stuft die Bewegung von Gülen, einem einstigen Weggefährten und heutigen Erzfeind Erdogans, als terroristisch ein. Seit dem Putschversuch im vergangenen Juli wurden in der Türkei Zehntausende mutmassli-



«Derzeit deutet alles darauf, dass die Beschneidung von Grundrechten und Bürgerrechten in der Türkei weitergehen wird.»

HÜSEYİN CİCEK
VEREIN FÜR MENSCHENRECHTE

che Gülen-Anhänger inhaftiert oder aus dem Staatsdienst entlassen. Vor knapp zwei Wochen hatte Präsident Recep Tayyip Erdogan das umstrittene Referendum über die geplante Verfassungsreform knapp gewonnen. Da-

durch würde Erdogan deutlich mehr Befugnisse bekommen. Kritiker sehen hingegen Demokratie, Pressefreiheit und Menschenrechte in Gefahr.

Signal an Opposition

Für Hüseyin Cicek, vom Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa und Mitglied des liechtensteinischen Vereins für Menschenrechte sowie Dozent an der Uni Liechtenstein, kommt die Verhaftungswelle wenig überraschend. Er hatte dies bereits kurz nach dem Referendum prognostiziert: «Das Referendum hat sehr deutlich gezeigt, dass Präsident Erdogan bzw. die AKP nur eine knappe Mehrheit hinter sich hat. Die neue Verhaftungswelle dient dazu, dass eigene Lager politisch zu befriedigen und ebenso als politisches Signal an die Opposition, dass die Regierung ihre bisherige Strategie weiterführen wird. Derzeit deutet alles darauf, dass die Beschneidung von Grundrechten und Bürgerrechten in der Türkei weitergehen wird», betont er. (sda/afp/reu)